Volker Schaible¹

Entwicklung der Bevölkerung und Finanzen der Landeshauptstadt Stuttgart im Vergleich mit den Städten und Gemeinden der Region Stuttgart zwischen 1976 bis 2004

1. Vorbemerkung

Letzter Kennzahlenvergleich Stuttgart und Region wurde 1991 erstellt

Im Herbst 1991 hat das Finanzreferat die Finanzkraft der Landeshauptstadt mit den entsprechenden Kennzahlen der Städte und Gemeinden in der Region (sowie der anderen Stadtkreise und den Zahlen im Land) verglichen. Der Kennzahlenvergleich erstreckte sich auf den Zeitraum von 1976 bis 1989/90. In diesem Zeitraum hat eine Verlagerung von Wirtschafts- und Finanzkraft von Stuttgart weg in die Region stattgefunden. Die Untersuchung erfolgte u.a. vor dem Hintergrund, dass von der Landeshauptstadt zentralörtliche Einrichtungen finanziert und regionale Aufgaben wahrgenommen werden, ohne hierfür einen angemessenen finanziellen Ausgleich zu erhalten.

Der Finanzvergleich wurde nunmehr mit folgenden Kennzahlen aktualisiert:

- Bevölkerung
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- Gewerbesteuer
- Steuerkraftmesszahl
- Schlüsselzuweisung
- Haupteinnahmen abzgl. FAG-Umlage
- Realsteuerhebesätze
- Schulden (einschl. Schulden der Landkreise)

Langfristige Vergleichsperspektive: 1976 bis 2004

Der Vergleich erstreckt sich auf den Zeitraum 1976 bis 2004. Verglichen wurden die Zahlen von Stuttgart mit denen der Region Stuttgart und der Stadtkreise in Baden-Württemberg (Angaben der Region und der Stadtkreise jeweils ohne Stuttgart) sowie den Zahlen im Land. Ergänzt wurde der Vergleich um eine Reihe struktureller Kennzahlen (wie Wohnungsbestand, Bau- und Wohnbauflächen, Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslosenquote).

Um Sonderentwicklungen bzw. einmalige Abweichungen auszugleichen, erfolgte die Betrachtung der Finanzkennzahlen in Abschnitten, das heißt es wurden jeweils die durchschnittlichen Summen der Jahre 1976 bis 1979 mit den Durchschnittssummen der Jahre 1990 bis 1993 bzw. der der Jahre 2001 bis 2004 verglichen. Von der abschnittsweisen Betrachtung ausgenommen waren die Einwohnerzahlen, die Realsteuerhebesätze und der Schuldenstand, die – wie auch der Vergleich zeigt – weitgehend kontinuierlich verlaufen.

2. Zusammenfassende Ergebnisse des Vergleichs

Bei fast allen Strukturkennzahlen schneidet Region besser ab als Stuttgart Bei praktisch allen strukturellen Kennzahlen hat die Region gegenüber Stuttgart in den in der Tabelle genannten Zeiträumen besser abgeschnitten. Das heißt die Region hatte eine deutlich höhere Wohnbautätigkeit und demzufolge eine positive Bevölkerungsentwicklung. Diese Entwicklung wurde begleitet von einem höheren Flächenverbrauch, einer geringeren Zunahme der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger (je 1000 EW) und der Arbeitslosenquote sowie einem Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der deutlich unter dem der Landeshauptstadt lag.

7,1 20,1 9,2 7,6	lle Kennzahlen 3,0 12,6	7,2
20,1 9,2 7,6	12,6	
9,2 7,6	•	
7,6	1.0	19,7
,	4,9	7,8
	6,2	11,1
20,0	*	10,0
63,0	28,6	*
- 3,0	- 4,5	- 1,3
107,1	52,3	75,0
Finanz	kennzahlen	
6,3	0,7	7,9
48,3	44,1	43,0
3,0	2,8	7,6
19,0	15,9	25,1
13,7	6,8	12,3
1,3	- 1,1	3,7
- 25,9	4,7	- 8,1
	,	

Höhere Einkommenszuwächse in der Region

Zur Finanzierung ihrer Aufgaben konnten die Städte und Gemeinden in der Region in den oben genannten Zeiträumen teilweise auf höhere Einnahmenzuwächse als Stuttgart zurückgreifen. Dies gilt insbesondere für die Steuerkraftmesszahl, die in dieser Hinsicht eine besondere Aussagekraft besitzen. Die sozialen Leistungen sind seit dem Anfang der 90er-Jahre in Stuttgart und in der Region in einem vergleichbaren Rahmen gestiegen. Dennoch ist die finanzielle Belastung je Einwohner in Stuttgart mehr als doppelt so hoch als in der Region.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bei der Verschuldung konnte sich Stuttgart vom allgemeinen Trend absetzen

Lediglich bei der Entwicklung der Verschuldung, die bei der Landeshauptstadt erheblich stärker als bei den anderen Vergleichsebenen zurückgegangen ist, konnte sich die Stadt Stuttgart vom allgemeinen Trend absetzen, was wohl auch ganz wesentlich auf die konsequente und durchgreifende Konsolidierung des Stadthaushalts in den 90er-Jahren zurückzuführen ist, wo durch eigenes Handeln die Grundlagen für eine Verbesserung der Finanzstruktur (insbesondere Zuführungsrate und Schulden) geschaffen wurden.

Bei der Betrachtung des Schuldenstands darf allerdings nicht übersehen werden, dass auch die Inanspruchnahme innerer Darlehen und die Bildung von Eigenbetrieben zu dem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand der Landeshauptstadt beigetragen haben.

Stadt-/Umlandproblematik nach wie vor nicht gelöst

Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Stadt-/Umlandproblematik nach wie vor nicht gelöst ist: Die Kernstadt verliert weiterhin an Enwohnern und Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der Transfereinkommensbezieher wächst deutlich stärker als im Umland. Die finanzielle Basis und die sozialen Strukturen der Kernstadt wurden im Vergleich zum Umland weiter geschwächt.

Gleichzeitig hat Stuttgart aufgrund seiner Zentralitäts- und Hauptstadtfunktion die (Mit-) Finanzierung zahlreicher Einrichtungen mit überörtlichem Charakter zu übernehmen, ohne dass dies im Rahmen der Schlüsselzuweisungen in angemessener Weise seitens des Landes ausgeglichen wird.

3. Entwicklung von Bevölkerung und Wohnungsbau

Die Bevölkerungsentwicklung in den großen Verdichtungsräumen im Bundesgebiet in den vergangenen Jahrzehnten ist gekennzeichnet von stagnierenden bzw. rückläufigen Einwohnerzahlen in den Kernstädten und teilweise erheblichen Zunahmen in den Umlandgemeinden:

Einwohnerentwicklung	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
1976	590 135	1 737 725	1 258 271	9 119 266
1991	591 946	1 936 466	1 324 102	10 001 840
2004	590 657	2 073 003	1 363 358	10 717 419
Veränderung 1976 – 2004 (in %)	0,1	19,3	8,4	17,5
Veränderung 1991 – 2004 (in %)	- 0,2	7,1	3,0	7,2

¹ ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stagnierende Einwohnerzahlen in Stuttgart; im Land und in der Region deutliche Zunahme der Zahl der Einwohner Während der Einwohnerstand in Stuttgart in beiden Betrachtungszeiträumen stagnierte, hat die Bevölkerung in der Region und im Land deutlich zugenommen. Beachtlich ist, dass auch die anderen Stadtkreise eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hatten, was im wesentlichen auf die Entwicklung der Universitätsstädte Freiburg (seit 1976: 22,3 %), Ulm (21,6 %) und Heidelberg (10,6 %) zurückzuführen ist.

Die Bevölkerungsentwicklung ist eine Funktion der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle) und der Wanderungen (Saldo Zuzüge/Wegzüge). Eine Abwanderung in die Region erfolgt unter anderem dann, wenn in Stuttgart kein adäquater Wohnraum angeboten bzw. gefunden wird. Das Angebot wiederum ist im wesentlichen von der Bautätigkeit abhängig. In dieser Hinsicht waren die Städte und Gemeinden in der Region und im Land, aber auch die anderen Stadtkreise, wesentlich aktiver:

Anzumerken ist, dass es sich bei etwa 30 Prozent der in Stuttgart fertig gestellten Wohneinheiten um öffentlich geförderten Wohnungsbau handelt, den es in den umliegenden Städten und Gemeinden faktisch seit Jahren nicht mehr gibt, was Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Bevölkerung hat.

Wohnungen	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württember
Anzahl Wohnungen 1978	244 482	680 092	526 895	3 559 350
Anzahl Wohnungen 1991	270 037	782 677	600 315	4 049 047
Anzahl Wohnungen 2004	292 359	940 129	676 153	4 844 927
Veränderung 1978 – 2004 (in %)	19,6	38,2	28,3	36,1
Veränderung 1991 – 2004 (in %)	8,3	20,1	12,6	19,7

¹ ohne Stadt Stuttgart

Deutlich höhere Bautätigkeit in der Region und im Land als in Stuttgart Die verstärkte Bautätigkeit in der Region (bei den anderen Stadtkreisen und im Land) wurde begleitet von einem entsprechend höheren Flächenverbrauch. Nach der vom Statistischen Landesamt zum 31. Dezember 2004 durchgeführten Flächenerhebung (vgl. Statistische Berichte vom 02.03.2006) haben sich die in den jeweiligen Flächennutzungsplänen für Wohnbau ausgewiesenen Flächen zwischen 1989 und 2004 wie folgt entwickelt:

Wohnbauflächen (ha)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
1989	4 852	22 409	12 067	136 116
2004	4 773	24 473	12 662	146 738
Veränderung 1989 – 2004 (in %)	- 1,6	9,2	4,9	7,8

¹ ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bauflächen in Stuttgart rückläufig, im übrigen Baden-Württemberg wurden mehr Bauflächen ausgewiesen Während die nach den Flächennutzungsplänen für Wohnungsbau ausgewiesenen Flächen in der Region um 9,2 Prozent, bei den anderen Stadtkreisen um 4,9 Prozent und im Land um 7,8 Prozent zugenommen haben, ist die im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt dargestellte Wohnbaufläche um 1,6 Prozent zurückgegangen, was im Wesentlichen daran liegt, dass im Zuge der Fortschreibung eine Reihe von Wohnbauflächen (z.B. Viesenhäuser Hof) aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen wurden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die in den jeweiligen Flächennutzungsplänen für Wohnbau-, gemischte und gewerbliche Bauflächen ausgewiesenen Flächen betrachtet:

Bauflächen insgesamt (ha)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
1989	7 757	43 577	23 514	278 822
2004	7 555	46 876	24 982	309 645
Veränderung 1989 – 2004 (in %)	- 2,6	7,6	6,2	11,1

¹ ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

4. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerung hat Auswirkungen auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:

Gemeindeanteil Einkommensteuer (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
Durchschnitt der Jahre 1976 – 1979	143,6	308,9	239,7	1 441,5
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	235,4	739,2	416,0	3 239,4
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	218,8	785,8	418,8	3 495,9
Veränderung 76/79 – 01/04 (in %)	52,4	154,4	74,7	142,5
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	- 7,0	6,3	0,7	7,9

¹ ohne Stadt Stuttgart

Stuttgart bei Gemeindeanteil an der

auf Rang 137 (2004) in der Region

zurückgefallen

Einkommensteuer von Rang 1 (1976)

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Zugewinne beim Gemeindeanteil in der Region und im Land liegen erheblich über dem Anstieg der Einwohnerzahlen. Einmal deshalb, weil es gerade die mobilen und einkommenstärkeren Bevölkerungsteile sind, die von den Zentren in die Region umziehen. Eine weitere Ursache ist die unzureichende Fortschreibung der Verteilungskriterien durch den Bundesgesetzgeber, die für die größeren Städte mit Einbußen aus der Beteiligung an der Einkommensteuer verbunden ist.

1976 belegte die Landeshauptstadt mit einem Gemeindeanteil von 220 Euro je Einwohner unter den 179 Städten und Gemeinden in der Region (154 Euro je Einwohner) den ersten Platz und lag damit deutlich vor den Kommunen im Land (139 Euro je Einwohner).2004 hat sich die Situation grundlegend geändert: Mit einem Gemeindeanteil von 351 Euro je Einwohner liegt Stuttgart unter dem Durchschnitt der Kommunen in der Region (365 Euro je Einwohner) und nur noch leicht über dem Landesdurchschnitt (310 Euro je Einwohner).

Nach den zum 1. Januar 2006 in Kraft getretenen Schlüsselzahlen, die für die Beteiligung an der Einkommensteuer maßgebend sind, belegt Stuttgart in der Region nur noch Platz 137.

Bei der Betrachtung ist zu berücksichtigen, dass der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber der Gewerbesteuer in der Vergangenheit in Baden-Württemberg wesentlich an Bedeutung gewonnen hat:

Jahr (Mio. Euro)	Gewerbesteuer (brutto)	Gewerbesteuer (netto*)	Gemeindeanteil Einkommensteuer	Verhä Gewerbesteuer/Ei	
(IVIIO. Edito)	(bratto)	(netto)	Ellikollillelistedel	brutto	netto
1976	1 888,2	1 245,1	1 269,9	60 : 40	50 : 50
1990	3 339,1	2 827,9	2 789,9	54 : 46	50 : 50
2004	3 585,4	2 497,3	3 318,0	52 : 48	43 : 57

^{*}ohne Gewerbesteuerumlage

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

5. Soziale Leistungen

Die Veränderungen bei der Bevölkerung hatten nicht nur Auswirkungen auf die Beteiligung an der Einkommensteuer, sondern auch auf die soziale Struktur, wie die Entwicklung der Sozialhilfeempfänger (Zahlen liegen erst ab 1994 vor) und der Wohngeldempfänger zeigt:

0.0			
0,0	15,0	40,0	20,0
0,0	18,0	*	22,0
8,5	12,0	35,0	*
1,0	19,5	45,0	26,0
	0,0 8,5 1,0	8,5 12,0	8,5 12,0 35,0

In Stuttgart stiegen die Zahlen der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger weit überdurchschnittlich Während in den genannten Zeiträumen in Stuttgart die Zahl der Empfänger für Sozialhilfe um ein Drittel und die für Wohngeld um 122 Prozent zugenommen hat, lag die Steigerung in der Region bei 20 Prozent (Sozialhilfe) bzw. 63 Prozent (Wohngeld).

Die Aufwendungen für soziale Leistungen (Sozialhilfe- und Jugendhilfeausgaben, Asylbewerberleistungen, sonstige Sozialausgaben) sind bei der Landeshauptstadt zwischen 1976 und 2004 deutlich stärker gestiegen als in der Region und im Land. Die Belastung je Einwohner liegt im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2004 um das zweieinhalbfache höher als in der Region.

Soziale Leistungen (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
Durchschnitt der Jahre 1976 – 1979	49,3	111,2	130,4	571,6
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	144,1	190,3	287,1	1 239,3
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	213,1	299,7	423,1	1 880,7
Euro je Einwohner 1976 – 1979	84	63	104	63
Euro je Einwohner 1990 – 1993	244	98	216	123
Euro je Einwohner 2001 – 2004	362	145	312	176
Veränderung 76/79 – 01/04 (in %)	329,7	129,1	199,0	181,9
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	48,5	48,3	44,1	43,0

¹ ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

6. Entwicklung von Gewerbesteuer (brutto) und Beschäftigung

Weil die Kernstädte in aller Regel Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens einer Region bleiben, sind mit Bevölkerungsverschiebungen nicht zwangsläufig auch Auswirkungen auf das Gewerbesteueraufkommen verbunden.

Seit Anfang der 90er-Jahre in Stuttgart günstigere Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens Wie der Übersicht entnommen werden kann, ist das Gewerbesteueraufkommen in der Region seit 1976 deutlich stärker als in Stuttgart gestiegen, wobei die Entwicklung seit dem Anfang der 90er-Jahre bei der Landeshauptstadt etwas günstiger verlaufen ist.

Gewerbesteueraufkommen (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
Durchschnitt der Jahre 1976 – 1979	296,4	479,4	432,6	2 199,5
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	370,0	690,1	622,8	3 396,3
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	398,9	713,2	634,9	3 653,4
Veränderung 76/79 – 01/04 (in %)	35,0	48,7	46,7	66,0
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	7,8	3,0	2,8	7,6

ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stuttgart fällt bei Beschäftigtenentwicklung ab Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region. Während in den Umlandkommunen seit 1976 etwa ein Viertel neue Arbeitsplätze entstanden sind, musste die Landeshauptstadt in dieser Zeit einen Rückgang von knapp 4 Prozent verkraften. Seit 1990 ist in Stuttgart immerhin fast jeder elfte Arbeitsplatz weggefallen. In der Region und im Land lag der Rückgang bei 3,3 bzw. 1,3 Prozent. Daraus folgt, dass Stuttgart im Vergleich zum Umland seit 1976 nicht nur Gewerbesteuer, sondern auch als Arbeitsplatzstandort verloren hat:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
1976	357 208	567 082	667 847	3 199 448
1990	378 731	719 058	712 333	3 785 977
2004	344 311	695 602	680 411	3 737 971
Veränderung 1976 – 2004 (in %)	- 3,6	22,7	1,9	16,8
Veränderung 1990 – 2004 (in %)	- 9,1	- 3,3	- 4,5	- 1,3

^{*}am Arbeitsort

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

¹ ohne Stadt Stuttgart

Die Entwicklung der Beschäftigung war im oben genannten Zeitraum wie folgt:

Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württember
2,2	*	*	3,4
3,7	2,8	6,5	4,0
8,1	5,9	9,9	7,0
	2,2	2,2 * 2,8	Stuttgart Stuttgart Baden-Württemberg 2,2 * * 3,7 2,8 6,5

Arbeitslosenquote in Stuttgart stärker angestiegen

Mit dem Verlust von Arbeitsplätzen seit 1990 war eine gravierende Erhöhung der Arbeitslosenquote verbunden. In Stuttgart ist die Arbeitslosenquote zwischen 1990 und 2004 von 3,7 Prozent auf 8,1 Prozent angestiegen, was einer Steigerung von 119 Prozent entspricht (Region: + 107 %, Stadtkreise: + 52 %, Land: + 75 %).

7. Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine geeignete Kennziffer zur Beurteilung der Leistungskraft einer Kommune. Im Unterschied zur Steuerkraftsumme (Steuerkraftmesszahl plus Schlüsselzuweisungen) wird mit der Steuerkraftmesszahl das in der jeweiligen Gemeinde entstandene und um die Hebesätze bereinigte Steueraufkommen (Grundund Gewerbesteuer sowie die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer) abgebildet:

Steuerkraftmesszahl (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württember
Durchschnitt der Jahre 1976 – 1979	268,8	537,5	434,9	2 500,0
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	476,7	1 252,5	815,5	5 585,1
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	527,8	1 489,9	945,5	6 989,7
Veränderung 76/79 – 01/04 (in %)	96,3	177,2	117,4	179,6
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	10,7	19,0	15,9	25,1

Doppelt so hohe Zunahme des bereinigten Steueraufkommens in der Region gegenüber Stuttgart ...

Die um die Hebesätze bereinigten Steueraufkommen sind in beiden Betrachtungszeiträumen in der Region annähernd doppelt so stark gestiegen als in Stuttgart. Sowohl in der Region wie auch im Land konnten die Kommunen zur Finanzierung ihrer Aufgaben somit auf wesentlich höhere Einnahmezuwächse zurückgreifen.

8. Schlüsselzuweisungen

Über den kommunalen Finanzausgleich sollen – neben einer Beteiligung der Kommunen an Steuern von Bund und Land – Unterschiede in der Finanzkraft der Städte und Gemeinden gemildert und ausgeglichen werden. Ein wesentliches Ausgleichselement sind die Schlüsselzuweisungen, die unter Berücksichtigung des Finanzbedarfs und der mangelnden Steuerkraft ermittelt und festgesetzt werden:

Schlüsselzuweisungen (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
Durchschnitt der Jahre1980 – 1983*	104,5	128,2	200,8	1 122,4
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	198,3	213,4	443,4	2 044,0
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	223,9	242,7	473,4	2 296,4
Veränderung 80/83 – 01/04 (in %)	114,3	89,3	135,8	104,6
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	12,9	13,7	6,8	12,3

^{*}Die Jahre 1980 bis 1983 wurden als Betrachtungszeitraum gewählt, weil Mitte/Ende der 70er-Jahre besondere Faktoren (negativer Saldo aus Schlüsselzuweisungen abzgl. FAG-Umlage in Stuttgart) zu einem atypischen Ergebnis geführt hätten.

¹ ohne Stadt Stuttgart

... trotzdem entwickelten sich die Schlüsselzuweisungen in Stuttgart nicht besser als in der Region In den oben genannten Zeiträumen haben sich die Volumen der Schlüsselzuweisungen in Stuttgart, in der Region und im Land in einem vergleichbaren Rahmen erhöht. Dies ist insofern beachtlich, weil die Kommunen in der Region und im Land beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer und den Steuermesszahlen teilweise erheblich höhere Steigerungsraten als Stuttgart bzw. die anderen Stadtkreise verzeichnen konnten.

9. Haupteinnahmen abzüglich FAG-Umlage

Die FAG-Umlage ist ein weiteres, wichtiges Element des kommunalen Finanzausgleichs. Die Umlagebelastung orientiert sich an der Steuerkraft – Gemeinden mit einer höheren Steuerkraft müssen höhere Umlagen zahlen. Insofern werden finanzschwächere Kommunen entsprechend begünstigt. Die Betrachtung der Haupteinnahmen (Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Schlüsselzuweisungen) abzüglich der FAG-Umlage zeigt, in welchem Umfang Haupteinnahmen (netto, also ohne FAG-Umlage) zur Finanzierung kommunale Aufgaben zur Verfügung stehen:

Haupteinnahmen abzüglich FAG-Umlage (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
Durchschnitt der Jahre 1976 – 1979	439,7	807,4	718,4	4 040,5
Durchschnitt der Jahre 1990 – 1993	672,5	1 345,8	1 234,4	7 186,3
Durchschnitt der Jahre 2001 – 2004	680,4	1 363,0	1 220,3	7 450,6
Veränderung 76/79 – 01/04 (in %)	54,7	68,8	69,9	84,4
Veränderung 90/93 – 01/04 (in %)	1,2	1,3	- 1,1	3,7

¹ ohne Stadt Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen (abzgl. FAG-Umlage) lag bei den Kommunen der Region und des Landes im Vergleich der Jahre 1976/1979 mit 2001/2004 über denen der Landeshauptstadt; demgegenüber haben sich die Haupteinnahmen seit Anfang der 90er-Jahre in einem vergleichbaren Rahmen entwickelt.

10. Realsteuerhebesätze

Die (gewogenen) Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
		Grund	steuer B	
1976	260	223	285	257
1990	250	246	302	258
2004	420	323	409	343
		Gewer	besteuer	
1976	410	327	361	344
1990	400	332	370	341
2004	420	354	399	361
¹ ohne Stadt Stuttga	ırt			
			Quelle: Statistisches Land	esamt Baden-Württember

Stuttgarts Hebesätze liegen bei der Gewerbesteuer um 19 % und bei der Grundsteuer um 30 % über denen der Kommunen in der Region Bei der Betrachtung der Realsteuern wird deutlich, dass die Landeshauptstadt (aber auch die anderen Stadtkreise) zur Deckung des Finanzbedarfs gegenüber der Region und dem Land wesentlich höhere Steuersätze festsetzen muss. 2004 lagen die Hebesätze in Stuttgart um 19 Prozent (Gewerbesteuer) bzw. 30 Prozent (Grundsteuer) über denen der Kommunen in der Region, obwohl die Landeshauptstadt seit 1999 zweimal die Realsteuerhebesätze (bei der Gewerbesteuer von 445 und bei der Grundsteuer von 470 auf 420 Punkte) gesenkt hat.

Zur Finanzierung der Aufgaben und Einrichtungen haben die Stuttgarter Grund- und Gewerbesteuerzahler demnach eine höhere Abgabenlast zu tragen.

11. Schulden

In der folgenden Übersicht ist die Entwicklung der Verschuldung dargestellt. In den für die Region und das Land ausgewiesenen Zahlen sind die Schulden der (jeweiligen) Landkreise enthalten, weil über die Kreisumlage die kreisangehörigen Gemeinden an den Schuldenbelastungen der Landkreise beteiligt sind.

In den Auswertungen des Statistischen Landesamts zur kommunalen Verschuldung sind die Schulden der Eigenbetriebe grundsätzlich nicht einbezogen bzw. gesondert ausgewiesen, weshalb insbesondere im Bereich der Stadtkreise von einem verkürzten Schuldenstand auszugehen ist. Wie bei den sonstigen Darstellungen zu den kommunalen Schulden wurden bei der Landeshauptstadt die Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Stillen Beteiligung an der BW-Bank sowie die inneren Darlehen nicht berücksichtigt:

Schulden (Mio. Euro)	Stuttgart	Region Stuttgart ¹	Stadtkreise Baden-Württemberg ¹	Land Baden-Württemberg
1976	436,8	933,2	946,8	5 237,2
1990	795,4	1 301,2	1 450,4	7 726,8
1993	1 145,0	1 498.3	1 529,4	8 657,6
2004	282,7	964,5	1 519,0	7 103,3
Euro je Einwohner 1976	740	537	752	574
Euro je Einwohner 1990	1 371	683	1 112	787
Euro je Einwohner 1993	1 926	761	1 141	846
Euro je Einwohner 2004	479	465	1 114	663

¹ ohne Stadt Stuttgart

Höchststand der Verschuldung in Stuttgart 1993, im übrigen Land 1995/1996

1993 hatte die Verschuldung der Landeshauptstadt ihren höchsten Stand; in der Region und im Land wurde der Höchststand 1996 bzw. 1995 erreicht. Im Zeitraum von 1976 bis 1993 ist (jeweils je Einwohner) die Verschuldung von Stuttgart um 160 Prozent gestiegen. Der Anstieg bei den Städten und Gemeinden in der Region und im Land (jeweils einschl. Landkreise) belief sich in diesem Zeitraum auf 42 bzw. 47 Prozent.

2004 hat Stuttgart nur noch leicht höheren Schuldenstand (ohne Schulden der Eigenbetriebe) als die restliche

Seit den Jahren 1993 bis 1996 waren bei den Vergleichsebenen (die anderen Stadtkreise ausgenommen) die Verschuldung teilweise stark rückläufig. Gleichwohl lag Ende 2004 der Schuldenstand je Einwohner in Stuttgart noch geringfügig über dem in der Region. Dabei nicht berücksichtigt sind die Verbindlichkeiten der städtischen Eigenbetriebe, die Ende 2004 (ohne Trägerdarlehen) 237,7 Mio. Euro (402 Euro je Einwohner) betragen haben.

12. Besondere Einrichtungen und Aufgaben mit überörtlichem Charakter

Überregionale Einrichtungen in Stuttgart werden von der Region nicht bezuschusst Aufgrund ihrer Zentralitäts- und Hauptstadtfunktion unterhält bzw. bezuschusst Stuttgart zahlreiche Einrichtungen, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch von Einwohnern der Region und darüber hinaus in Anspruch genommen werden. Unabhängig vom Grad der Benutzung bzw. der jeweiligen Interessenlage am Bestehen solcher Einrichtungen hat die Landeshauptstadt in der Vergangenheit diese Anlagen und Aufgaben ohne eine direkte Beteiligung der Region finanziert bzw. Zuschüsse geleistet; davon ausgenommen ist der öffentliche Personennahverkehr, für den die umliegenden Landkreise seit 1995 einen Verkehrslastenausgleich in Höhe von jährlich 13,8 Millionen Euro leisten.

In den Jahren 1995 bis 2004 bzw. im Jahr 2004 sind der Landeshauptstadt für den Betrieb bzw. die Finanzierung von Investitionen der nachstehend aufgeführten Einrichtungen und Aufgaben Belastungen (laufende und einmalige Ausgaben abzgl. Einnahmen) in folgender Höhe entstanden (jeweils ohne Finanzierungskosten für die in diesem Zeitraum getätigten Kreditaufnahmen):

Quelle: jeweilige Einrichtung

Einrichtung/Aufgabe	Belastur Landesha Stutte	Auswärtigenantei		
	1995 - 2004			
	Mio. Euro		%	
Berufliche Schulen	90,7	22,3	67	
Lindenmuseum	16,0	1,9	60	
Kunstmuseum/Galerie	86,1	23,5	60	
Staatstheater	331,2	36,7	56	
Privattheater einschl. Theaterhaus und Altes Schauspielhaus	84,9	9,8	50 - 55	
Kammerorchester	6,8	0,7	42	
Stuttgarter Philharmoniker	36,6	3,9	60	
Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle	126,1	10,9	50	
Carl-Zeiss-Planetarium	13,8	1,2	81	
Städtisches Klinikum	116,5	28,6	65	
Gottlieb-Daimler-Stadion	119,8	13,7	45	
Hanns-Martin-Schleyer-Halle, Porsche-Arena	51,3	14,9	60	
Messe Killesberg, Messe- und Kongressgesellschaft	34,6	2,5	75 - 90	
Flughafen Stuttgart	28,9	-	83	
Öffentlicher Personennahverkehr	377,3	27,0		
Insgesamt	1 520,6	197,6		

Bis zu 80 % Auswärtigenanteile bei Stuttgarter Einrichtungen

Bei den 2004 noch nicht vollständig fertig gestellten bzw. abgerechneten Bauvorhaben (Kunstmuseum, Gottlieb-Daimler-Stadion, Porsche-Arena) sind die anteiligen Baukosten der Folgejahre (2005 und später) enthalten.

Die genannten Auswärtigen-anteile beruhen, soweit vorhanden, auf Statistiken oder sonstigen Erhebungen bzw. Befragungen. Lagen keine entsprechende Daten vor, wurden die Einschätzungen der entsprechenden Einrichtungen berücksichtigt. Beim öffentlichen Personennahverkehr war eine seriöse Ermittlung des Auswärtigenanteils aufgrund der bestehenden Verflechtungen im VVS-Verbund nicht möglich.

Weitere finanzielle Belastungen übernimmt die Landeshauptstadt in den kommenden Jahren vor allem durch die Investitionen in das Klinikum Stuttgart als Krankenhaus der Maximalversorgung mit über 700 Millionen Euro.